Integration? Unerwünscht!

Der ständige Verweis auf den „politischen Islam" ist ein Versuch, in der Krise Ordnung zu simulieren. Die Mehrheit soll sich gegenüber einer Minderheit stabil fühlen. Und dafür eignet sich eine „Untere Kaste".

Ayad Al-Ani



Wie steht es um das Miteinander in Österreich? Und was macht die Politik dafür?

AI111 - STOCK.ADOBE.COM

Der österreichische Bundeskanzler hat kürzlich einen bemerkenswerten Satz gesagt: Er wolle nicht, dass seine Enkelkinder in einem islamischen Staat aufwachsen. Migration, Zusammenleben und Integration sind zweifellos sensibel. Trotzdem sollte auffallen, wenn inmitten wirtschaftlicher, geopolitischer und technologischer Umbrüche die religiöse Zugehörigkeit zum politischen Thema wird.

Vor zehn Jahren schrieb ich hier anlässlich von Kundgebungen türkischstämmiger Jugendlicher in Wien nach dem gescheiterten Militärputsch gegen die Regierung in Ankara über die „Untere Kaste" (STANDARD, 29. 7. 2016). Dieser Begriff bezeichnet eine Gruppe mit doppelter Funktion: Ihre Mitglieder übernehmen oft Arbeiten, die Einheimische nicht mehr verrichten wollen. Zugleich signalisieren sie der unteren einheimischen Schicht, dass es Menschen gibt, die noch schlechter gestellt sind. Diese „negative Identifikation" stabilisiert – bis die Grenze zwischen „uns" und „ihnen" durchlässig wird.

Darin liegt das Fatale dieses Konzepts: Vollständige Integration ist gar nicht vorgesehen. Sie wird sogar zum Problem, sobald sie tatsächlich gelingt. Wer in einer angespannten Lage das Bild eines drohenden „islamischen Staates" in Österreich aufruft, muss wissen, dass er damit eine pauschale Abgrenzung gegenüber muslimischen Menschen befördert und die Funktionsweise der „Unteren Kaste" bedient – obwohl oder gerade weil die „(...) meisten, die hier leben, sich an unsere Regeln (halten) und Teil unserer Gesellschaft sein (wollen)", wie der Bundeskanzler selbst an anderer Stelle berichtet.

Sozialer Frieden

Ein Grund für die Betonung der Trennlinie liegt in Europas Zwangslage. Die Wirtschaft baut sich radikal um, günstige Energie gehört der Vergangenheit an; Digitalisierung und Automatisierung verschieben die Wertschöpfung vom Menschen zur Maschine. Asiatische Betrachter sprechen hier vom zunehmenden „Maschinenüberschuss"; also der Dichte an Energie, Rechenleistung und Kapital, die eine Produktion ohne menschlichen Einsatz ermöglicht. Dem steht der „menschliche Überschuss" gegenüber – die Fähigkeit eines Staates, seine Bevölkerung zu bilden, zu beschäftigen und ihr gesellschaftliche Teilhabe und Sinn zu ermöglichen. Hohe Werte auf beiden Achsen schaffen Zusammenhalt, niedrige führen zu Stagnation.

Europa hält seinen „menschlichen Überschuss" noch durch Wohlfahrtsstaat und Bildung aufrecht, während sein „Maschinenüberschuss" erodiert. Es bewahrt sozialen Frieden, indem es Tempo opfert. Wie um dies zu bekräftigen, wurde zeitgleich mit dem Kanzlergespräch bekannt, dass das steirische Technologieunternehmen AVL List weitere 180 Mitarbeiter entlassen wird.

Weltweit wächst die Maschinenkapazität schneller, als Staaten ihre Bevölkerung einbinden können. Die USA zeigen, wohin die Reise gehen kann: Informationstechnologie macht bereits etwa 38 Prozent der Börsenwerte aus. Ein wachsender „Maschinenüberschuss" garantiert keinen wachsenden „menschlichen Überschuss". Im Gegenteil: Es kommt eher zu Ungleichheiten, die Kapitalbesitzer bevorzugen.

Syntax der Stabilität

Innenpolitisch schwingt das Pendel deshalb wirtschaftlich nach links und kulturell beziehungsweise gesellschaftspolitisch nach rechts. Der Ruf nach Umverteilung, öffentlichen Investitionen und Industriepolitik wird lauter; zugleich verschärfen sich Identitäts- und Zugehörigkeitskonflikte. Das ist kein Widerspruch, sondern das Gleichgewicht der Maschinengesellschaft. Der Staat muss den „Maschinenüberschuss" umverteilen, um Kaufkraft und Teilhabe zu sichern.

Die Politik dramatisiert Spaltungen, um Bindung und Beteiligung der Mehrheit zu erzeugen. Populismus wird so zur Syntax der Stabilität: Dieser erneuert den emotionalen Vertrag mit der Mehrheit, ohne die Dominanz der Technologieplattformen und Kapitaleigner anzugreifen, von denen man abhängig ist. Die „Untere Kaste" hingegen wird dabei zum Ziel unterschiedlicher Vorwürfe, ohne dass man dafür offene rassistische Slogans verwenden muss.

Der Verweis auf den „politischen Islam" ist somit ein Versuch, in einer krisenhaften Situation Ordnung zu simulieren. Die Mehrheit soll sich gegenüber einer Minderheit stabil fühlen, von der – so wird insinuiert – bereits eine potenzielle Gefahr ausgehe, weil sie mancherorts zahlenmäßig erstarke. Auffällig ist, dass ähnliche kulturpessimistische Töne von Technologieunternehmern wie Elon Musk und Peter Thiel angeschlagen werden.

Die zentralere Debatte wäre eine andere: Welche Rolle kann Österreich in den globalen Verwerfungen überhaupt spielen? Wie lässt sich „menschlicher Überschuss" schaffen, wenn Wertschöpfung zunehmend anderswo oder ohne Menschen entsteht? Entscheidend wäre etwa, einen möglichst großen Anteil der Wertschöpfung und des Eigentums an den Produktionssystemen gesellschaftlich zu binden, etwa indem Rechenzentren und Dateninfrastrukturen durch kommunale Beteiligungen lokal verankert werden. Gleichzeitig sollten Beschäftigte an den Produktivitätsgewinnen der Automatisierung beteiligt werden. Dies bedingt, dort starke Positionen aufzubauen, wo KI, Rechenleistung und Energie auf reale Produktion, etwa im Mittelstand, treffen.

Sinnstiftende Entwürfe

Davon – und von den Chancen, auf diese Weise „menschlichen Überschuss" und sinnstiftende Lebensentwürfe für alle zu sichern – hätte der Kanzler dieser Tage sprechen können. Stattdessen wird eine kulturelle Bedrohung beschworen. Wo eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Vision fehlt, wird Zugehörigkeit zur Ersatzpolitik.

AYAD AL-ANI ist außerordentlicher Professor an der School of Public Leadership, Universität Stellenbosch und assoziiertes Mitglied des Einstein-Zentrums Digitale Zukunft, Berlin.